

Das ungeschriebene Gesetz

Das Eingeständnis der Wahlniederlage ist eine feste Tradition in den USA

VON FLORIAN QUANZ

Washington – „Wir respektieren die Erhabenheit des demokratischen Systems. Wir kommen hinter dem neuen Präsidenten zusammen und wünschen ihm alles Gute.“ Diese Worte, sie werden ihm nicht leicht über die Lippen gekommen sein, zeugen von politischer Größe. Es ist ein Auszug aus der Rede von George H. W. Bush, dem 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten, der damit seine Wahlniederlage eingestand. Eine zweite Amtszeit war dem Republikaner 1992 nicht vergönnt, das Rennen machte Bill Clinton für die Demokraten.

Kein Kandidat ist rechtlich verpflichtet, seine Niederlage bei einer US-Präsidentenwahl einzugestehen. Die sogenannte „concession speech“ (übersetzt: Konzessionsrede) ist weder in der Verfassung verankert, noch gibt es ein anderes Gesetz, das eine solche Rede nach einer Wahl vorschreibt. Dennoch ist diese Rede in den USA als traditionelles Element seit Jahrzehnten fest verankert und beim Vergleich verschiedener Ansprachen unterlegener Kandidaten lassen sich viele Parallelen erkennen.

Tradition seit 1896

Belegt ist diese Tradition seit 1896. In jenem Jahr gratulierte William Jennings Bryan von den Demokraten seinem republikanischen Widersacher William McKinley zwei Tage nach der Wahl per Telegramm. Das erste Mal für alle US-Amerikaner zu hören war ein Eingeständnis der Niederlage 1928. Alfred Emanuel Smith, meist nur Al Smith genannt, gestand seine Niederlage gegen den Republikaner Herbert Hoover ein.

24 Jahre später war es Adlai Ewing Stevenson jr., ebenfalls ein Demokrat, der sich erstmals in einer Liverede im Fernsehen an seinen Kontra-

Amerikanische Freiheitsglocke.

Es folgt bei diesen Reden der Dank an die eigenen Anhänger für die Unterstützung im Wahlkampf. Meist werden dabei auch direkt Worte an den Kandidaten für das Vize-Präsidentenamt gerichtet, mit dem man gemeinsam den Wahlkampf geführt hat. Es ist der Moment, in dem sich die anwesenden Unterstützer noch einmal selbst feiern dürfen. McCain hatte 2008 dabei alle Schuld für die

henten Dwight D. Eisenhower wandte. Er gestand nicht nur seine Niederlage ein, sondern gratulierte Eisenhower auch zum Sieg. Das Interessante beim Blick auf verschiedene „concession speeches“ ist, dass sie sich sehr ähneln. Es gibt ganz bestimmte Elemente, die immer wieder auftauchen und wichtig für das US-Volk sind, an das sich die Rede richtet.

Zunächst einmal erkennt der Wahlverlierer das Abstimmungsergebnis an. Er lässt keine Zweifel daran, dass er die Wahl verloren hat, wenngleich das Wort „Niederlage“ in den allermeisten Reden gar nicht vorkommt. So sagte etwa der Republikaner John McCain noch in der Wahlnacht 2008: „Das amerikanische Volk hat gesprochen, und es hat deutlich gesprochen.“ Eindeutiger konnte er den Sieg Barack Obamas nicht bestätigen.



FOTO: KARIKATUR TOMICEK



John McCain (1936-2018) unterlag 2008 Barack Obama. FOTO: M. REYNOLDS/DPA

Niederlage auf sich genommen. „Das Versagen liegt auf meiner Seite“, erklärte er.

Zum Schluss der Rede folgt der wichtigste Teil. Zunächst wird meist der US-amerikanische Geist beschworen. Die Gewissheit, wie groß und stark diese Nation ist und kein Wahlergebnis, keine Niederlage daran etwas ändern wird. „Ich rufe alle Amerikaner auf, wie so oft in diesem Wahlkampf, nicht an unseren derzeitigen Problemen zu verzweifeln, sondern an das Versprechen und die Größe Amerikas zu glauben“, erklärte etwa McCain.

Der Demokrat Al Gore erklärte nach langem Hin und Her – er zog sogar vor Gericht, um eine Neuauszählung im Bundesstaat Florida zu erwirken – nach der Wahl im Jahr 2000: „Und heute Abend biete ich um unserer Einheit als Volk und der Stärke unserer Demokratie wil-

len mein Eingeständnis der Niederlage an.“

Der Aufruf zur Einheit der Nation ist der wichtigste Teil dieser Rede. Nach erbitterten Wahlkämpfen gilt es, die Spaltung der US-Gesellschaft zu verhindern, das demokratische Votum zu akzeptieren und dem gewählten Präsidenten Hilfe anzubieten.

Bereitschaft zum Konsens

Das bedeutet freilich nicht, dass die unterlegene Partei nun politisch an der Seite des Wahlsiegers steht. Aber es untermauert die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum Konsens. Die so wichtige dahinter stehende Botschaft lautet: Das Wohl der Nation steht über allem. Ob Donald Trump diese Botschaft aussenden wird, ist fraglich.

KURZ NOTIERT

Arbeitsaufnahme Bidens verwehrt

Die Leitung der für die US-Regierungsgebäude zuständigen Behörde soll sich einem Bericht der Washington Post zufolge weigern, einen Brief zu unterschreiben, mit dem das Biden-Übergangsteam Zugang zu US-Behörden erhalten und formal diese Woche die Arbeit aufnehmen kann. Laut einer Sprecherin der Behörde sei noch keine „Feststellung“ des Wahlergebnisses erfolgt.

Trump entlässt Minister Mark Esper

Der scheidende US-Präsident Donald Trump hat kurz nach der verlorenen Wahl seinen Verteidigungsminister Mark Esper entlassen. Das Amt soll amtierend Christopher Miller übernehmen, so Trump am Montag bei Twitter. Miller war Direktor des Nationalen Antiterror-Zentrums. Gerüchte über eine Entlassung Espers gab es seit Monaten.

Innenminister in Estland tritt zurück

Estlands Innenminister Mart Helme hat nach dem Wirbel über seine Zweifel an der Rechtmäßigkeit der US-Präsidentenwahl seinen Rücktritt angekündigt. Der Politiker der rechtspopulistischen Partei EKRE legte am Montag in Tallinn sein Amt nieder. Mit diesem Schritt wolle er die Regierungskoalition bewahren, sagte Helme. Er hatte Biden als „korrupten Charakter“ bezeichnet.

Kosovo: Thaci erklärt sich für unschuldig

Der kosovarische Ex-Präsident Hashim Thaci hat sich mehr als 20 Jahre nach dem Kosovo-Krieg in seinem Kriegsverbrecher-Verfahren für unschuldig erklärt. Die Anklage entbehre jeder Grundlage, sagte der ehemalige Kommandeur der Untergrundarmee UCK am Montag bei der ersten Anhörung zu dem Verfahren vor dem Kosovo-Sondertribunal in Den Haag.

KALENDERBLATT

10. November 1969



Sesamestraße wird erstmals ausgestrahlt

Sie zählt zu den erfolgreichsten Fernsehserien für Kinder im Vorschulalter: die Sesamestraße. Am 10. November 1969 wird sie in den USA zum ersten Mal ausgestrahlt. Die Deutschen müssen sich noch über drei Jahre bis zum Januar 1973 gedulden. Bert (links) und Ernie sind die populärsten Figuren und von Anfang an Teil der Kindersendung. Die Macher der Sesamestraße bestreiten seit Jahren, dass die beiden schwul sind.

sab FOTO: GEORG WENDT/DPA

Merkel gratuliert Biden

Kanzlerin bietet mehr Verantwortung an

Berlin – Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat dem künftigen US-Präsidenten Joe Biden und seiner Vize Kamala Harris erneut zu ihrer Wahl gratuliert. „Wir Deutschen und wir Europäer wissen, dass wir in dieser Partnerschaft im 21. Jahrhundert mehr eigene Verantwortung übernehmen müssen“, sagte Merkel am Montag in Berlin zum Ausgang der US-Präsidentenwahl.

„Amerika ist und bleibt unser wichtigster Verbündeter, aber es erwartet von uns zu recht stärkere eigene Anstrengungen, für unsere Sicherheit zu sorgen und für unsere Überzeugungen in der Welt einzutreten“, sagte Merkel weiter. Allerdings hätten die Europäer sich auch bereits „längst auf diesen Weg gemacht“. Hintergrund ist unter anderem die Forderung der USA nach höheren Verteidigungsausgaben der Europäer, die auch von Biden erhoben wird.

„Die USA und Deutschland als Teil der EU müssen zusammenstehen, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen“, sagte nun Merkel. Konkret nannte sie den Kampf gegen die Corona-Pandemie, gegen den Klimawandel und gegen den Terrorismus sowie für „eine offene Weltwirtschaft und freien Handel als Grundlagen des Wohlstands auf beiden Seiten des Atlantiks“.

Merkel gratulierte auch der künftigen Vizepräsidentin Kamala Harris: „Ich freue mich darauf, sie kennenzulernen“. Als erste Frau in diesem Amt und als Kind zweier Einwanderer sei Harris für viele Menschen eine Inspiration, ein Beispiel für die „Möglichkeiten Amerikas“. SPD-Chef Norbert Walter-Borjans sagte der Rheinischen Post, er gehe davon aus, dass der neue Präsident nach der Amtsübernahme den Wunsch habe, Deutschland zu besuchen. afp

Vielfältiges Kabinett möglich

Mit ihnen könnte Joe Biden künftig regieren

VON LENA KLIMKEIT

Washington – Joe Biden versprach früh im Wahlkampf: „Meine Regierung wird wie Amerika aussehen.“ Vielfalt dürfte also das Motto sein, wenn der gewählte US-Präsident in den kommenden zweieinhalb Monaten bis zur Vereidigung am 20. Januar seine Mannschaft zusammenstellt. Spekulationen über mögliche Kandidaten für zentrale Ministerien gibt es seit Wochen, wobei noch unsicher ist, ob die Demokraten auf eine Mehrheit im US-Senat bauen können, der die Minister bestätigen muss.

Außenministerium

Susan Rice (55) ist eine langjährige politische Wegbegleiterin von Biden und Barack Obama. Sie war von 2009 bis 2013 US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, anschließend wurde sie Nationale Sicherheitsberaterin in Obamas Weißem Haus.

In Frage kommt auch Antony Blinken (58), der Biden seit langem in außenpolitischen Fragen berät. Er könnte aber auch Nationaler Sicherheitsberater werden. Weitere Namen sind Ex-Vizeaußenminister William Burns sowie die Senatoren Chris Coons und Chris Murphy.

Verteidigung

Michele Flournoy (59) wurde bereits 2014 als Favoritin für die Nachfolge des damals zurückgetretenen Verteidigungsministers Chuck Hagel gehandelt. Biden könnte auch die Irak-Veteranin und Senatorin Tammy Duckworth (52/Illinois) im Blick haben, die 2004 im Einsatz ihre Beine verlor. Ein weiterer Name ist Jeh Johnson (63), ein schwarzer Jurist, der unter Obama Heimatschutzminister war.

Finanzen

Die Wirtschaftswissenschaftlerin Lael Brainard (58) gilt als

Expertin für Fiskal- und Geldpolitik. Derzeit ist sie eine von fünf Direktoriumsmitgliedern der US-Notenbank Federal Reserve (FED). Als moderate Demokratin gilt sie als aussichtsreicher als etwa die linke Senatorin Elizabeth Warren (71). Im Gespräch sind auch der Präsident der Atlanta FED, Raphael Bostic (54) – er der wäre der erste schwarze und schwule Finanzminister – und Ex-FED-Chefin Janet Yellen (74).

Justiz

Der Demokrat Doug Jones (66) aus Alabama hat eine enge Beziehung zu Biden und wäre eine glaubwürdige Figur, wenn es um Bürgerrechte geht. Seine Ermittlungen als Staatsanwalt in Alabama führten dazu, dass rassistische Ku-Klux-Klan-Mitglieder Jahrzehnte nach einem tödlichen Bombenanschlag 1963 auf eine von Schwarzen besuchte Kirche zur Verantwortung gezogen wurden. dpa